

LAGE
BERICHT

AJC Berlin
Ramer Institute

ANTI

SEMI

TIS

AN
DEUTSCHEN
HOCHSCHULEN

MUS



JÜDISCHE
STUDIARENUNION
DEUTSCHLAND

JSUD

Impressum

Herausgeber:

AJC Berlin, Lawrence and Lee Ramer
Institute for German-Jewish Relations
E-Mail: berlin@ajc.org

V.i.S.d.P.:

Dr. Remko Leemhuis, AJC Berlin

Layout und Grafik:

Maya Roisman

Urheberrechtliche Hinweise:

© Copyright 2025 AJC Berlin. Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nicht kommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Der Herausgeber behält sich das Urheberrecht vor.

Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung des Herausgebers gestattet.

Haftungsausschluss:

Die Informationen in diesem Bericht wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Für die Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernimmt der Herausgeber keine Gewähr. Diese Publikation enthält Links zu Websites Dritter, auf deren Inhalt der Herausgeber keinen Einfluss hat. Für die Inhalte der angegebenen oder verlinkten Seiten ist stets der oder die Anbieter:in oder Betreiber:in der jeweiligen Seiten verantwortlich.

LAGE
BERICHT

ANTI

SEMI

TIS

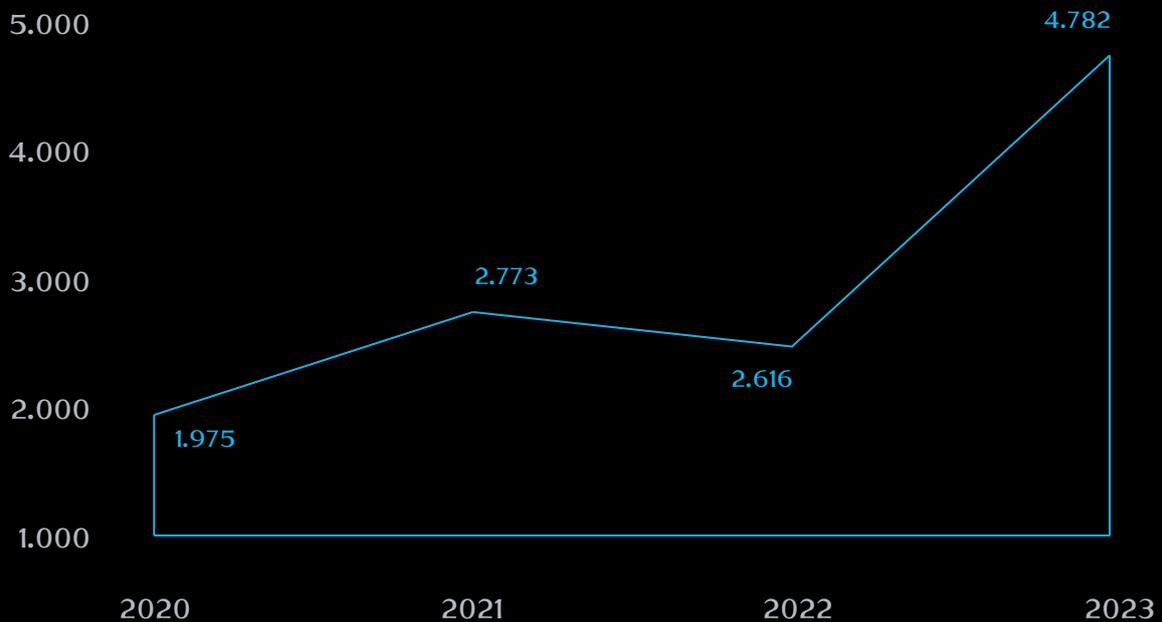
AN
DEUTSCHEN
HOCHSCHULEN

MUS

Inhalt

Vorwort	5
1 Einleitung	6
2 Lagebild Antisemitismus an Universitäten Ursachen und Wirkungsweisen eines nicht neuen Phänomens - Hanna Veiler, Präsidentin der JSUD	8
3 Die Situation für Dozierende Einblicke des Netzwerks jüdischer Hochschullehrender - Prof. Dr. Dani Kranz, Netzwerk jüdischer Hochschullehrender Deutschland, Österreich, Schweiz	14
4 Antisemitismus als neuer Status Quo Campusalltag aus jüdischer Perspektive	18
5 Was sich ändern muss Ausblick und politische Forderungen	20
6 Hintergründe und Folgen Interview mit Daniel Poensgen, Bundesverband RIAS	23

Anzahl antisemitischer Vorfälle 2020-2023



Antisemitische Vorfälle 2020-2023 nach Vorfalldtypen

	2020	2021	2022	2023
extreme Gewalt	1	6	9	7
Angriffe	39	64	58	121
gezielte Sachbeschädigung	170	205	205	329
Bedrohungen	104	107	87	183
verletzendes Verhalten	1.483	2.204	2.011	4.060
Massenzuschriften	160	187	246	82
gesamt	1.957	2.773	2.616	4.782

Überschneidungen von Erscheinungsformen antisemitischer Vorfälle 2023

israel-bezogener Antisemitismus	1.260	634	475	206	204
Post-Schoa- Antisemitismus	634	604	379	255	105
antisemitisches Othering	475	379	728	156	88
moderner Antisemitismus	206	255	156	329	82
antijudaistischer Antisemitismus	204	105	88	82	83
	israel-bezogener Antisemitismus	Post-Schoa- Antisemitismus	antisemitisches Othering	moderner Antisemitismus	antijudaistischer Antisemitismus

Absolute Zahl der jeweils zu den Erscheinungsformen zugeordneten Vorfälle. Die farblich unterlegten Zahlen zeigen jeweils die Zahl der Vorfälle, die nur einer Erscheinungsform zugeordnet wurden.

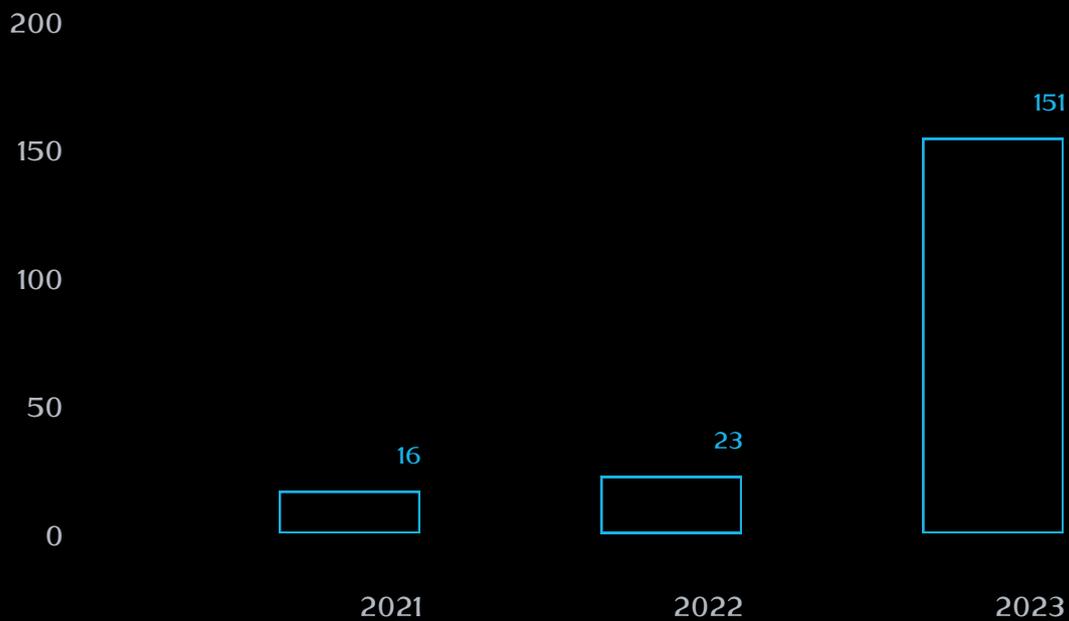
Quelle für alle Grafiken:

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus, RIAS e.V. Jahresbericht 2023. Online verfügbar unter:

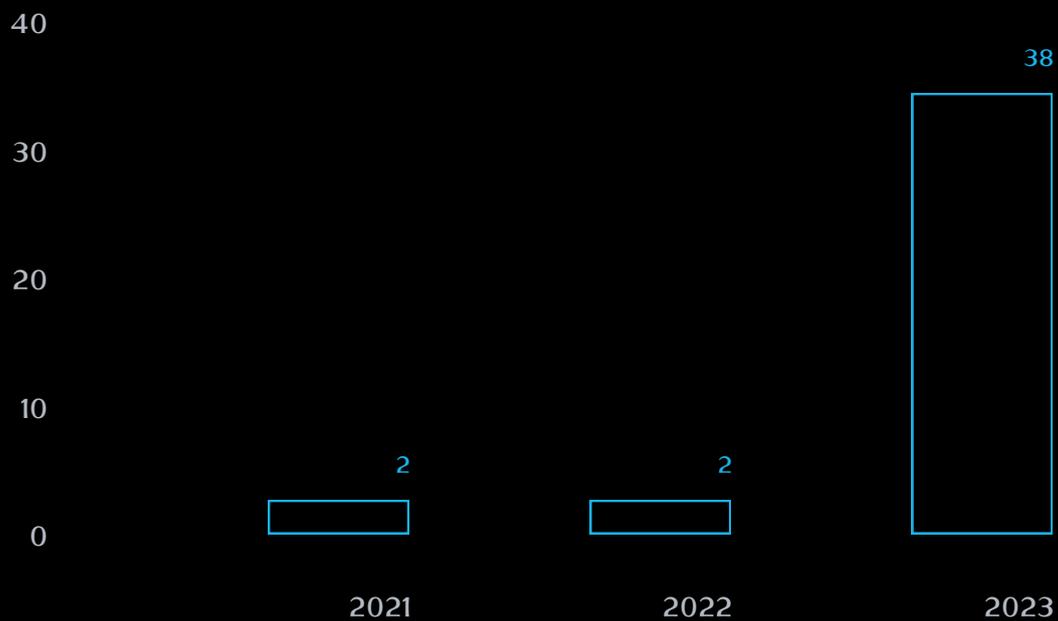
https://report-antisemitism.de/documents/25-06-24_RIAS_Bund_Jahresbericht_2023.pdf

(Zuletzt geprüft am: 21.01.2025)

Antisemitische Vorfälle mit Tatort „Hochschule“



Jüdische/Israelische Betroffene von antisemitischen Vorfällen mit Tatort „Hochschule“



Vorwort

Universitäten und Hochschulen müssen sichere Orte für alle sein. Wer sich auf das Studium oder auf die eigene Lehre konzentrieren möchte, darf sich nicht in Gefahr wähen. Doch Jüdinnen und Juden sind seit mehr als einem Jahr auf den Campi in Deutschland nicht mehr in Sicherheit. Denn seit dem 7. Oktober 2023 ist Antisemitismus zum traurigen Status Quo an vielen deutschen Hoschulen geworden. Der vorliegende Bericht macht deutlich, was jüdische Studierende und Hochschulmitarbeitende im vergangenen Jahr erleben mussten: Das ging von Hörsaalbesetzungen unter Intifada-Rufen, über offene Hamas-Apologetik und Beleidigungen, bis hin zu Einschüchterungsversuchen und tätlichen Angriffen. Kein Wunder also, dass viele von ihnen aus Angst dem Campus fernbleiben oder ihre jüdische Identität verstecken. In der öffentlich-medialen Debatte liegt der Fokus oft auf Berlin. Auch wenn die Lage an den Universitäten der deutschen Hauptstadt besonders verheerend ist, darf das nicht darüber hinwegtäuschen, dass jüdische Studierende in ganz Deutschland Ähnliches erleben. Die Situation ist dabei gerade für Jüdinnen und Juden in kleineren Universitätsstädten prekär, da sie nicht im selben Maße wie ihre Kommilitoninnen und Kommilitonen in den Großstädten auf Unterstützungsangebote und -netzwerke zurückgreifen können. Dieser Zustand ist untragbar! Das gilt umso mehr, da die Vielzahl der antisemitischen Vorfälle auch unsere grundlegenden Werte der freien Meinungs- und Wissensbildung gefährden. Vor diesem Hintergrund ist es nicht nur

fatal, sondern erscheint es auch nahezu grotesk, dass die Anfeindungen, denen Jüdinnen und Juden seit einem Jahr ausgesetzt sind, auch aus den Reihen der Universitäten selbst, relativiert und sogar negiert wurden - und das im Namen der Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit. Obwohl viele Hochschulleitungen das Antisemitismus-Problem auf ihren Campi mittlerweile erkannt haben und auch die Hochschulrektorenkonferenz aktiv geworden ist, reichen die Maßnahmen dagegen bislang nicht aus.

Dieser Lagebericht ist daher ein Appell an die Verantwortlichen in den Universitäten und der Politik, aber auch an alle nichtjüdischen Studierenden und Hochschulmitarbeitenden, sich dem wachsenden Antisemitismus entgegenzustellen. Das bedeutet einerseits eine klare Sanktionierung von Übergriffen, aber auch Aufklärungs- und Präventionsarbeit, um sicherzustellen, dass Jüdinnen und Juden ohne Angst vor Diskriminierung und Angriffen an Universitäten lernen und leben können.

Unser Dank gilt der Jüdischen Studierendenunion Deutschland und ihrer Präsidentin Hanna Veiler, die sich unermüdlich für die Belange ihrer Kommilitoninnen und Kommilitonen einsetzen und damit auch für unsere Gesellschaft als Ganzes. Denn eines sollte klar sein: Universitäten, die keine sicheren Räume für alle sind, sind es für niemanden.

Ebenso wollen wir uns beim Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) und dem Netzwerk jüdischer Hochschullehrender Deutschland, Österreich, Schweiz bedanken, die diesen Bericht mit ihren Analysen und Sichtweisen bereichert haben.

Dr. Remko Leemhuis

Direktor, American Jewish Committee Berlin Ramer Institute for German-Jewish Relations.

Einleitung

1

Seit nun über einem Jahr hat sich das Leben von Jüdinnen und Juden weltweit für immer verändert. Der 7. Oktober 2023 markiert eine Zäsur, die die Realität in ein Davor und ein Danach teilt. Bereits an dem Morgen des sogenannten Schwarzen Shabbat, als die radikal-islamistische Hamas in den Süden Israels einfiel, mordete, hunderte Menschen verschleppte und systematisch vergewaltigte, war der hiesigen jüdischen Gemeinschaft klar, dass es nicht lange dauern würde, bis eine neue Welle antisemitischer Gewalt auch in Europa ankommen würde. Noch am selben Tag erhöhten jüdische Institutionen und Einrichtungen ihre Sicherheitsvorkehrungen. Während Israel seit einem Jahr Kriegsschauplatz ist, tausende Menschen evakuiert sind und sich auf eine weitere Eskalation vorbereiten, müssen wir unseren Blick auf einen weiteren Tatort richten. Wer an Universitäten denkt, geht in der Regel von Institutionen aus, an denen wissenschaftlicher und sachlicher Diskurs ermöglicht wird. Die meisten Menschen erinnern sich an ihre eigene Studienzeit als an den Lebensabschnitt, der von persönlichem Wachstum, identitätsstiftenden Erfahrungen und dem Dazulernen geprägt

ist. Spätestens seit dem 7. Oktober wird jüdischen Studierenden in Deutschland und weltweit diese Erfahrung hingegen verwehrt. Stattdessen sind sie an Universitätscampi mit antisemitischer Propaganda, der Androhung psychischer und physischer Gewalt sowie dem Absprechen der eigenen, oft schmerzvollen, Erfahrung konfrontiert.

Sie berichten von antisemitischen Versammlungen und Aktionen, im Rahmen derer zur Zerstörung Israels aufgerufen und islamistischer Terror zelebriert wird. Sie berichten davon, dass Menschen, neben denen sie am nächsten Tag im Hörsaal sitzen, in Uni-Chatgruppen die Vergewaltigung jüdischer Frauen rechtfertigen und von einem Gefühl der Unsicherheit, das zum jüdischen Uni-Alltag geworden ist.

So hat die Chronologie der antisemitischen Vorfälle im universitären Raum mittlerweile nie dagewesene Ausmaße erreicht, die sich sowohl in den Berichten der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) als auch in den mehr als verfünffachten Anfragen bei den Ofek-Beratungsstellen widerspiegeln. Hierbei handelt es sich nicht um bloße Zahlen. Reale Menschen und Existenzen stehen dahinter. Die Ausschluss- und Gewalterfahrungen des letzten Jahres haben sich für immer ins Bewusstsein jüdischer Studierender in Deutschland gebrannt. So werden jüdische Studierende nie den Februarmorgen

2024 vergessen, an dem sie mit der Nachricht auf ihren Handys aufwachten, dass ein jüdischer Studierender brutal niedergeprügelt wurde. Lahav Shapira, der am Abend zuvor mitten in Berlin von einem Kommilitonen angegriffen wurde, ist einer von uns. Er engagiert sich in jüdischen und proisraelischen Gruppen, die seit Monaten gegen den grassierenden Antisemitismus an der Freien Universität in Berlin und anderen Universitäten kämpfen. An diesem Morgen war jüdischen Studierenden ein weiteres Mal nach dem 7. Oktober klar: Wir alle sind eine Zielscheibe. Doch der Fall Shapira bildete nur einen der traurigen Höhepunkte der eskalierenden und seit Monaten anhaltenden Gewalt gegen jüdische Studierende, die wir weltweit beobachten können.

Der vorliegende Bericht stellt eine Momentaufnahme aus junger jüdischer Perspektive dar. Eine Momentaufnahme, die aktuell keinen optimistischen Blick in die Zukunft gewährt. Nichtsdestotrotz kämpfen jüdische Studierende seit Monaten für ein sicheres Leben in dem Land, in dem der Großteil von uns geboren und aufgewachsen ist. Dem Land, für das sich in vielen

Fällen unsere Eltern- und Großeltern-Generation entschieden hat, als sie als sogenannte „Kontingentflüchtlinge“ aus der ehemaligen Sowjetunion, aus Israel, den USA und vielen anderen Ländern hierher kamen. Gerade deswegen verbinden sich die vielfältigen jungen Stimmen aus der jüdischen Gemeinschaft im Ruf nach Demokratie und gegen Extremismen. Blickt man auf die vermeintlich propalästinensischen Protestcamps an zahlreichen Universitäten, so stellt man schnell fest, dass die sich dort versammelnden Aktivistinnen und Aktivisten zwar laut sind, aber nur einen Bruchteil der allgemeinen Studierendenschaft darstellen. Die Frage, die wir uns gemeinsam stellen müssen, ist daher: Wo sind die Stimmen, die keine Sympathien mit der Hamas und anderen Terrororganisationen hegen? Jene, die tatsächlich Universitäten als einen Ort des sachlichen Diskurses betrachten? Die Mehrheit der Studierenden ist nicht gewaltbereit oder antisemitisch. Die Mehrheit schweigt jedoch und dieses Schweigen müssen wir gemeinsam bekämpfen.

Lagebild Anti- semitismus an Universitäten

2

Lange Zeit vor dem 7. Oktober 2023 gehörte Antisemitismus fest zur Lebensrealität diasporischer Jüdinnen:Juden. Die Publizistin Laura Cazés beschreibt diesen Zustand in dem von ihr herausgegebenen Sammelband „Sicher sind wir nicht geblieben“ mit folgendem Satz: „Es gibt in Deutschland keinen Raum, der frei von Antisemitismus wäre.“ Eine Formulierung, die mit Sicherheit viele Gemüter erhitzt und trotzdem passender nicht sein könnte. Antisemitismus ist Teil des kulturellen Erbes in Deutschland. Man nimmt ihn im Laufe der eigenen Sozialisierung bewusst oder unterbewusst in Form von Codes und oft subtilen Narrativen auf. Es ist ein Gefühl, das die Gesellschaft mit sich trägt und auf das sie zurückgreift, wenn sie mit real existierendem, lebendigem und selbstbestimmtem jüdischem Leben konfrontiert ist, das den eigenen stereotypen Erwartungen nicht entspricht.

Dieser Nährboden machte es unter anderem bereits 1969 möglich, dass der erste israelische Botschafter in Deutschland, Asher Ben-Natan, von Studierenden der Goethe-Universität Frankfurt niedergebrüllt wurde. Dieser Nährboden ist es, der die Entwicklungen seit dem 7. Oktober begünstigt und ermöglicht. Und dieser Nährboden ist es, der jungen Menschen die moralische Legitimation verleiht, antisemitische Parolen am Campus zu brüllen,

Ursachen und Wirkungsweisen eines nicht neuen Phänomens

ohne den eigenen Antisemitismus reflektieren zu müssen. Doch Antisemitismus ist darüber hinaus vor allem auch eine Art, die Welt zu begreifen. Er ermöglicht verkürzte und vermeintlich einfache Erkläransätze für komplizierte und ambivalente Zusammenhänge. Angewandt auf die aktuelle Situation bedeutet dies, dass junge Menschen an den Universitäten, den verinnerlichten Antisemitismus nutzen können, um kompliziertes Weltgeschehen in einfache Schwarz-Weiß-Muster einzuteilen. Dabei wird der Staat Israel zum ultimativen Bösen stilisiert. Von seiner Auslöschung erhofft man sich die Erlösung von den Krisen dieser Welt.

Die Tendenz junger Menschen, die Welt in binäre Gegensätze einzuteilen, wird auch von der wachsenden Beliebtheit der Postkolonialen Theorie unterstützt. An dieser Stelle gilt es genau zu sein: Die Postkoloniale Theorie bringt viele wichtige Ansätze mit sich, um Machtssysteme und anhaltende Dynamiken im Zeitalter nach der Dekolonialisierung zu beschreiben. Gleichzeitig bedient sie sich genau der Einteilung in binäre Denkmuster, die Antisemitismus gerade befeuern. Das eigene Weltbild kennt nur gut/böse, schwarz/weiß, Unterdrücker:innen/Unterdrückte. In diesem Denken werden Israel zum Unterdrücker und Israelis zu Kolonialherr:innen stilisiert. So bleibt weder Raum für Nuancen noch für historische Fakten. An Universitäten in Deutschland vermischen sich diese Vorstellungen mit antisemitischen Einstellungen und dem Konsum von Falschinformationen in sozialen Netzwerken. Es entsteht eine gefährliche, zumeist kontrafaktisch aufgeheizte Dynamik, in der sachlicher Diskurs nicht mehr möglich ist. Die hohe Aggressivität, mit der Demonstrierende am Campus häufig ihre Forderungen vortragen, ist ein Beleg dafür, dass ein Gespräch nicht erwünscht ist. Die Art und Weise, wie sich Raumnahmen für antisemitische Inhalte im öffentlichen Raum seither abspielen, dient als weiteres Indiz des mangelnden Willens zum Dialog.

Der Raum für jüdische Studierende wird kleiner

Im Februar 2024 wurde die Richterin des obersten israelischen Gerichtshofs, Daphne Barak-Erez, im Rahmen einer Podiumsdiskussion von pro-palästinensischen Aktivist:innen aus dem Raum geschrien. Dabei interessierte es niemanden besonders, dass sie zu einer der stärksten Kritiker:innen der Netanyahu-Regierung gehört und in den vergangenen Monaten gegen die Justizreform kämpfte. Die Schreienden im Raum sahen in ihr nur die Zionistin, das Feindbild, das es auszulöschen gilt. Der Vorfall machte auch deutlich, dass viele derjenigen, die für ein „freies Palästina“ einzustehen meinen, nicht an einem friedlichen Diskurs interessiert sind. Auf X ging schnell ein Video viral, auf dem eine junge Frau zu sehen war, die Erez-Barak dazu aufforderte, sich „für Palästina zu entschuldigen“. Dahinter verbirgt sich viel mehr als die Aufforderung zur Entschuldigung. Dass sich Jüdinnen und Juden nach dem für sie tödlichsten Tag in der Geschichte seit dem Holocaust entschuldigen sollen, macht die andauernde Täter:innen-Opfer Umkehr deutlich, der Jüdinnen und Juden im universitären Raum ausgesetzt sind. Ihre politischen Positionen, Erfahrungen und Gefühle werden als irrelevant abgetan. So offenbart sich auch die Widersprüchlichkeit innerhalb antisemitischer Weltbilder. Jüdinnen und Juden können keine Opfer sein, doch wehren dürfen sie sich auch nicht.

Für jüdische Studierende bedeutet dies, dass sie immer wieder zur Reaktion gezwungen werden. Ihnen wird kein Raum zum Trauern eingeräumt, es bleibt keine Möglichkeit, sich zu erklären oder den Standpunkt zu erläutern. Ihnen bleibt oft keine andere Wahl, als sich gegen Diffamierung und Hasskampagnen zu verteidigen. Zentraler Teil dieser Erfahrung ist auch die Omnipräsenz antisemitischer Symbole und Rhetorik. Wer aktuell die Uni betritt, wird häufig bereits in den ersten Minuten mit Materialien wie Flyern, Postern und Stickern konfrontiert, die zur Intifada aufrufen oder das Existenzrecht Israels leugnen.

Immer wieder finden sich antisemitische Schmierereien. Beispiele dafür hat es in den vergangenen Monaten an Universitäten im ganzen Land gegeben. Sei es ein „Die Juden sind unser Unglück“ an der Universität Konstanz oder „Widerstand ist Völkerrecht“ (Legitimation des Massakers am 7. Oktober als Widerstand) an der Goethe-Universität Frankfurt. Darüber hinaus finden zahlreiche Aktionen, sogenannte „Performances“ und Kundgebungen, entweder auf Universitätsgeländen oder in unmittelbarer Nähe dazu statt. Bei einigen kommt das „Rote Dreieck“, das Symbol, mit dem die Hamas ihre Angriffsziele markiert, zum Einsatz. Auch Lahav Shapira, der jüdische Student, den ein Kommilitone Anfang Februar brutal zusammengeschlagen hat, wurde mit diesem Symbol vor dem Angriff auf ihn gebrandmarkt. Mittlerweile kam das Symbol vielerorts, nicht nur an Universitäten, sondern auch an weiteren öffentlichen Einrichtungen, wie Rathäusern zum Einsatz. Die Message dieser Symbole sollte unmissverständlich klar sein:

Jüdinnen und Juden sowie alle, die mit dem jüdischen Staat solidarisch sind, sollen sich nirgends sicher fühlen dürfen. Damit wird auch die ursprüngliche Intention der Hamas vom 7. Oktober weitergetragen. Durch das Streamen der Barbarei in die Welt, durch das Tragen von Bodycams, sollten Jüdinnen und Juden, egal, von wo in der Welt sie über ihre Handys zuschauten, wissen: Alle von ihnen sind damit gemeint.

Antisemitismus

„geht viral“

Es darf nicht außer Acht gelassen werden, dass gerade das Internet als Katalysator für antisemitische Ideologien wirkt. Noch während die Hamas im Süden Israels mordete und Menschen um ihr Leben und das ihrer Liebsten bangten, verteilten Organisationen wie das palästinensische Gefangenennetzwerk „Sami-doun“ – welches Anfang November 2023 in Deutschland verboten wurde, aber im Oktober noch legal existieren durfte – Süßigkeiten auf deutschen Straßen, um den Terror als legitimen „Widerstand“ zu feiern. Auch im digitalen Raum verbreiteten sich diese verstörende Botschaft und die dazugehörigen Bilder rasend schnell. Nahezu im Sekundentakt wechselten wir auf unseren Feeds vom brutalem Bildmaterial aus dem Süden Israels zu Bildmaterial aus Berlin-Neukölln, wo das zeitgleich stattfindende Morden gefeiert wurde. Die Relativierungen und die Täter:innen-Opfer-Umkehr setzte sich auch in den darauffolgenden

Tagen sowohl online als auch offline fort. Am 10. Oktober teilte „Young Stuggle“ Berlin, eine vom Verfassungsschutz beobachtete, linksextreme Organisation, ein Video, das den Titel „Freiheit für Palästina – Nieder mit dem Besatzerstaat Israel“ trug. Darin machten sie kein Geheimnis daraus, dass sie den 7. Oktober als Akt des legitimen Widerstandes gegen die „Besatzungsmacht“ Israel verstanden. Am 12. Oktober veröffentlichte die Humboldt-Universität ein Statement auf Instagram, in dem die Einrichtung ihre Solidarität mit israelischen Kolleginnen und Kollegen sowie betroffenen Studierenden bekundete. Innerhalb weniger Minuten füllte sich die Kommentarspalte mit antisemitischen und terror-relativierenden Äußerungen von Universitätsangehörigen: „Ich schäme mich, an dieser Uni zu studieren. Freiheit für Palästina“, „Free Palestine from German guilt“, „Israel is the real terrorist under the nations. No to Apartheid.“

In den ersten Tagen nach dem Massaker, als noch niemand Zeit gefunden hatte, nur ansatzweise zu verstehen, was vor unseren Augen geschehen war, waren jüdische Studierende mit Kommentaren wie diesen konfrontiert. Kommentare, die oft von Menschen, die wir persönlich kannten, die uns nahestanden oder die sogar über unsere Noten entschieden, verfasst wurden. Junge, progressive Menschen, die an anderer Stelle die Betroffenenperspektive hochgehalten hätten, die mit Begriffen wie „Täter:innen-Opfer-Umkehr“ oder „Whataboutism“ bestens vertraut waren, machten deutlich: Nichts davon gilt, wenn Jüdinnen und Juden Opfer von Terror werden. Sie seien am Ende selbst schuld daran.

So verbreiteten sich online bereits nach wenigen Tagen die ersten Verschwörungserzählungen darüber, dass das Massaker in Israels Süden entweder nicht stattgefunden oder von der israelischen Regierung selbst inszeniert worden sei. Tatsachen und Fakten, wie die Vergewaltigungen jüdischer Frauen, wurden unter Beiträgen und in Gruppen diskutiert, in Frage gestellt und geleugnet. Alles, während Jüdinnen und Juden von ihren Handys aus mitlasen. Sie schauten dabei zu, wie ihr Leid und ihre Perspektiven relativiert wurden und wie jede mögliche Argumentation galt, wenn es darum ging, den Mord an Jüdinnen und Juden zu rechtfertigen. Häufig ausgehend von Menschen, neben denen jüdische Studierende am nächsten Tag im Hörsaal sitzen mussten. Mittlerweile hält dieses Zuschauen mehr als ein Jahr an. Ein Jahr nach dem 7. Oktober ist die Liste antisemitischer und terrorverherrlichender Inhalte, Kommentare und Nachrichten unzählbar lang geworden. Darüber hinaus sind es mittlerweile lange nicht nur grundsätzlich antisemitische und extremistische Organisationen, die antisemitische Hetze verbreiten, sondern große private Accounts mit starker Reichweite.

Mittlerweile hat sich auch gezeigt, wie das antisemitische Gedankengut, das im digitalen Raum eine Plattform und Verbreitung findet, nicht nur in der Online-Sphäre bleibt, sondern auch Einfluss auf die analoge Welt hat. Dies wurde spätestens durch den bereits erwähnten Fall von Lahav Shapira deutlich.

Studentischer Aktivismus für den Terror

Neben dem Fall Lahav Shapira stellt die antisemitische Hörsaalbesetzung an der Freien Universität am 14. Februar 2023 einen weiteren traurigen Höhepunkt dar. Unterschiedliche linke und teilweise islamistische Hochschulgruppen wie „Young Struggle“ und „Students for Palestine“ verbarrikadierten sich in einem Hörsaal und trugen für mehrere Stunden Vorträge vor, in denen das Existenzrecht Israels geleugnet und der Holocaust relativiert wurde. Währenddessen wurden jüdische Studierende gewaltsam davon abgehalten, den Hörsaal zu betreten. Jüdische Studierende verfolgten die Besetzung minutiös auf X, während die Hochschulleitung erst nach Stunden eingriff – mit der Begründung, man hätte nicht wissen können, was drinnen geschah. Besonders stach auch an diesem Tag die Erzählung von der sogenannten Befreiung Palästinas von der deutschen Schuld hervor. Dabei ist

es besonders interessant, dass der Satz „Free Palestine from German guilt“ ausschließlich auf Englisch gebraucht wird. Auf diese Weise wird der eigentliche Ursprung dieses Gedankens verschleiert. Denn der Wunsch von der „Befreiung von deutscher Schuld“ könnte auch von einem NPD-Wahlplakat (heute Die Heimat) stammen. Es ist bezeichnend, dass Studierenden in Deutschland der antisemitische Anstrich dieses Satzes vermeintlich nicht klar zu sein scheint. Denn was gemeint ist, ist nichts anderes als ein altes antisemitisches Narrativ: Jüdinnen und Juden würden die Politik kontrollieren und dabei den Holocaust ausnutzen, um die Welt zu ihrem Vorteil zu lenken. Hiermit gelangen wir zur antisemitischen Verschwörungserzählung von den Protokollen der Weisen von Zion. Es ist altbekannter, tiefverankerten Schuldabwehr-Antisemitismus, der im Namen der vermeintlichen Solidarität mit Palästina in die Öffentlichkeit tritt. Hinter der Solidarität Deutschlands mit Israel wird eine geheime Verschwörung vermutet. Es sollte selbsterklärend sein, warum jüdische Studierende sich am Campus nicht sicher fühlen können. Wir sind vom selben antisemitischen Gedankengut umgeben, das wir bereits seit Jahrzehnten nur zu gut kennen. Nur wird dieses jetzt in Codes kommuniziert, die dieses als vermeintlich progressiv und links labeln.

Das führt dazu, dass seit Monaten kaum ein universitärer Raum mehr frei von antisemitischer Gewalt ist. Die Konsequenz für viele Betroffene ist vor allem soziale Isolation. Universitäre Räume werden so weit wie möglich gemieden. Dabei ist das der soziale Raum, der im Laufe des Studiums für die meisten am wichtigsten ist. Hochschulgruppen, Uni-Partys und neue Bekanntschaften – all das ist in der Regel kein safe space mehr für jüdische Studierende. Was jedoch am meisten schmerzt, ist der Verlust von Verbündeten und Freundschaften.

In den vergangenen Monaten müssen jüdische Studierende beobachten, wie viele der Gruppierungen und Menschen, mit denen wir jahrelang gemeinsam für eine demokratische und gerechte Gesellschaft eingestanden sind, wegschauen, wenn es Jüdinnen und Juden sind, die in Gefahr sind. So unter anderem zahlreiche feministische Organisationen, die sich mit keinem Wort zu den Vergewaltigungen und Verstümmelungen israelischer Frauen durch die Hamas-Terroristen äußerten. Es dauerte Wochen, bis UN Women ein erstes Statement zum 7. Oktober veröffentlichte. Gerade die Organisation, die gegründet wurde, um Frauen auf der ganzen Welt – vor allem in Kriegssituationen – zur Seite zu stehen, blieb bei den Massenvergewaltigungen israelischer Frauen durch Hamas-Terroristen stumm.

Während die Enttäuschung über ausbleibende Solidarität groß ist, ist es vor allem auch Wut, die jungen jüdischen Alltag aktuell gestaltet. Diese Wut richtet sich an alle, die an ihrem Campus nach einer Intifada schreien und sich damit, bewusst oder unbewusst, den Mord an Jüdinnen und Juden herbeiwünschen. Die Wut richtet sich an alle, die jüdische Lebensrealitäten und unsere vielfältigen, unleugbaren Verbindungen zum einzigen jüdischen Staat leugnen und an alle, die sich als vermeintlich progressiv verstehen wollen, während sie mit Islamisten gemeinsame Sache machen. Wenn wir eines seit dem 7. Oktober deutlich erkennen können, dann dass Antisemitismus rechts und links vereinen kann. Jegliche Extremist:innen kommen in puncto antisemitische Auslöschungsfantasien zusammen. Das ist das besonders Gefährliche am Antisemitismus.

Dass junge Menschen, die für Freiheit und Menschenrechte einzustehen glauben, nicht erkennen können, wann ihr vermeintlicher Kampf für Befreiung in die Legitimierung von Terrororganisationen wie der

Hamas und weiteren umschlägt, ist ein erschreckendes Zeugnis für die mangelnde Urteilskraft eines Teils der jungen Generation. Vor diesem Hintergrund war die Entstehung von „Protestcamps“ auch an Universitäten in Deutschland nur eine Frage der Zeit. Die „Protestcamps“, die wir nun seit Monaten auf der ganzen Welt beobachten können, werden der palästinensischen Zivilbevölkerung nicht helfen. In zahlreichen dieser sogenannten Camps werden immer wieder Anhänger:innen und Unterstützer:innen der Hamas gesichtet, terrorverherrlichende Rufe werden laut und der Boykott von allem, was mit Israel in Verbindung steht, gefordert. Die Camps und das dort verbreitete Gedankengut führen dazu, dass Menschen u.a. in den sozialen Medien mit roten Dreiecken markiert werden. Keines dieser Dinge wird zu einem nachhaltigen Frieden und einer Besserung der Zustände für die Menschen in der Region führen. Was aber stattdessen passiert, ist, dass jüdischen Studierenden weiterhin klar vermittelt wird: Ihr seid hier unerwünscht. Zumindest in Deutschland sollte dieser Satz genügend bekannt sein, um sein Ausmaß und die Ideologie dahinter zu verstehen.

Hanna Veiler

Präsidentin,

Jüdische Studierendenunion Deutschland

Quellen

Bundesverband der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (2024): Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2023.

Cazés, Laura (Hrsg.) (2022): Sicher sind wir nicht geblieben. Jüdischsein in Deutschland. Frankfurt am Main. S. Fischer Verlag.

Ofek (2024): Beratungsstatistik 2023-2024. https://ofek-beratung.de/wp-content/uploads/2024/10/OFEK_Beratungsstatistik_2023-24.pdf (Zuletzt geprüft am 26.11.2024)

Die Situation für Dozierende

3

Ende 2023 gründete sich das Netzwerk jüdischer Hochschullehrender in Deutschland, Österreich und der Schweiz (NJH). Es begann als eine lose WhatsApp-Gruppe, zu der jede*r jüdische Hochschullehrende aus Deutschland, Österreich und der Schweiz eingeladen war. Die Gründung dieses Netzwerks war der Notwendigkeit geschuldet, dass jüdische Hochschullehrende keine Anlaufstelle hatten und untereinander schwach vernetzt waren. Mit dem Wachstum des Netzwerks begann eine Binnendifferenzierung. Dies ist im soziologischen Sinne ein ganz normaler Prozess, da soziale Gruppen sich immer dann ausdifferenzieren, wenn sie eine bestimmte Gruppengröße überschreiten. So gibt es weiterhin das Netzwerk als WhatsApp-Community (nicht mehr als Gruppe), und der Verein „Netzwerk jüdischer Hochschullehrender“ befindet sich in der Gründung. Dieser Verein soll unter anderem dazu beitragen, dass jüdische Hochschullehrende eine Außenrepräsentation erhalten und politisch sprechfähig werden. Denn bisher ist die Außenrepräsentation auf Einzelakteur*innen beschränkt, die nicht zwangsläufig Teil des Netzwerks sind.

Einblicke des Netzwerks jüdischer Hochschullehrender

Jüdische Studierende sind bereits seit 1968 organisiert. Dies ist auch durch die Gruppengrößen bedingt: Zwar liegen keine genauen Zahlen vor, dennoch lässt sich festhalten, dass es mehr jüdische Studierende als hauptberuflich Lehrende und Forschende gibt, da generell mehr Menschen studieren als in Forschung und Lehre tätig sind. Das Gesamtnetzwerk des NJH umfasst etwa 150 jüdische Hochschullehrende. Im Vergleich zu den rund 52.000 Professor*innen in Deutschland ist dies eine, statistisch gesehen, insignifikante Gruppe. Das bedeutet, dass Vieles von dem, was an Universitäten und Hochschulen passiert, nicht in direktem Zusammenhang mit den dort arbeitenden und studierenden Jüdinnen und Juden steht. Weiterhin erklärt sich so die Verwunderung, welche die Kritik von Jüdinnen und Juden an Hochschulen und Universitäten hervorruft. Man hatte Jüdinnen und Juden schlichtweg nicht mitgedacht – ein Zustand, den die beiden Aktivistinnen Judith Coffey und Vivian Laumann (2021) als „Gojnormativität“ konzeptualisierten. Die nichtjüdische Position gilt als Norm, die jüdische als Devianz. Diese Devianz wurde besonders deutlich in den von der Mehrheit der Jüdinnen und Juden kritisierten „pro-palästinensischen Camps“. Die Mehrheit der Jüdinnen und Juden verstand diese als „anti-israelisch“. Auch Besetzungen von Hörsälen und

inhaltlich einseitige Veranstaltungen stießen auf Kritik, vor allem, wenn sie eine Täter-Opfer-Umkehr kommunizierten. Nur wenige jüdische Einzelakteur*innen positionierten sich anders als die Mehrheit. An dieser Stelle muss mitbedacht werden, dass „jüdische Stimmen“ immer wieder dazu verwendet wurden, spezifische nichtjüdische Positionen zu rechtfertigen und dass dies auf alle Jüdinnen und Juden zutrifft, die sich positionieren. Das ist keine neue Entwicklung. Schon in den 1970er-Jahren entstanden Gruppen aus jungen Jüdinnen und Juden, die andere politische Positionen vertraten als die Mehrheit der Mitglieder der Einheitsgemeinde. Sie machten jedoch die Erfahrung, dass ihre „kritischen“ jüdischen Standpunkte von nichtjüdischen Akteur*innen vereinnahmt wurden. Dies führte zu einem Rückzug der jüdischen Akteur*innen – ähnlich, wenn auch mit weniger Außendruck, wie das heute der Fall ist.

Angesichts der Zustände an den Universitäten und Hochschulen bat der Vorstand des Netzwerks im Sommer 2024 alle Mitglieder der WhatsApp-Community um Auskunft über ihre aktuelle Situation. Erfasst wurden nur die Ereignisse nach dem 7. Oktober 2023. Die Stichprobengröße ist relativ klein und umfasst etwa die Hälfte der Teilnehmer*innen der WhatsApp-Community. Da zudem nicht bekannt ist, wie viele Jüdinnen und Juden tatsächlich Hochschullehrende sind, kann von Trends, aber nicht von Repräsentativität gesprochen werden. Allerdings zeigen die Ergebnisse eindeutig in eine Richtung, nämlich dass die Situation jüdischer Hochschullehrender von antisemitischen Strukturen geprägt ist, die ihren Alltag beeinflussen. Dies ist ebenso banal wie relevant: Antisemitismus wird oft auf seinen Ressentimentcharakter beschränkt. Dass Antisemitismus, der sowohl in christlichen (Nirenberg 2013) als auch in muslimischen Mehrheitsgesellschaften (Bensoussan 2012) auf christlichem bzw. muslimischem Antijudaismus beruht, die Tiefenstruktur dieser Gesellschaft

mitprägt und bis heute strukturiert, wird hingegen meist nicht mitbedacht. Gerade diese Tiefenstruktur führte dazu, dass das kulturelle Reservoir an Antisemitismus nach dem 7. Oktober 2023 rasend schnell aktiviert werden konnte und sich besonders an Hochschulen und Universitäten Verbindungen zwischen linken, postkolonialen, anti-imperialistischen und islamistischen sowie muslimischen Antisemitismen zeigte. Traditioneller rechter Antisemitismus war an den Hochschulen hingegen weniger verbreitet, was an der Besonderheit des „Biotops Hochschule/Universität“ liegt.

Diese Besonderheit spiegelte sich auch in den Freitextantworten wider, die die Mitglieder des NJH in der Umfrage hinterließen. Während es schon bemerkenswert ist, dass 40,9% der Befragten per E-Mail oder Social Media belästigt wurden, teilten 63,9% mit, dass sie im akademischen Umfeld verbal angegriffen wurden. Physische Gewalt und Sachbeschädigung erlebten 14%. Weiterhin berichteten Befragte, dass sie ausgeschlossen oder ausgegrenzt wurden und ein Klima der Entsolidarisierung und Empathielosigkeit vorherrsche. Exemplarisch ist die Aussage, dass ein nichtjüdischer Kollege gegenüber einer Umfrageteilnehmerin erwähnte, er sei ja nicht betroffen. Überrepräsentiert in der Gruppe, die unter konkretem Ausschluss leiden, sind jüdische Hochschullehrende, die zudem israelische Staatsbürger*innen sind und deren israelische Staatsangehörigkeit bekannt ist. Dieser Befund steht im Einklang mit der Feststellung, dass „pro-palästinensische“ Einstellungen, die in der

Tat anti-israelisch sind, im akademischen Milieu überrepräsentiert sind (Helbing & Traunmüller 2024). Auch wenn die Studie der beiden Mannheimer Soziologen Marc Helbing und Richard Traunmüller das akademische Milieu zwischen 18 und 35 Jahren erfasst und nicht nur Studierende, lässt sich auch aus ihr ableiten, was der Abschlussbericht zur Studie „Antisemitismus in der Gesamtgesellschaft von Nordrhein-Westfalen im Jahr 2024“ (Beyer et al. 2024) klar belegt: Anti-israelische Einstellungen bzw. Antisemitismus mit Israelbezug sind besonders unter den 18- bis 24-Jährigen verbreitet, sprich der Altersgruppe, welche die Mehrheit der Studierenden ausmacht. Beide Studien kamen zu dem Ergebnis, dass „klassischer Antisemitismus“ unter jungen Menschen weniger ausgeprägt ist; die Ausnahme bilden junge Menschen mit rechten politischen Einstellungen. Der Trend, den wir in unserer nichtrepräsentativen Umfrage gefunden haben, zeigt sich in diesen beiden größeren und repräsentativen Studien, die antisemitische Einstellungen der nicht-jüdischen Bevölkerung erfassen.

Was allerdings weder die Mannheimer Studie noch der NRW-Bericht abbilden können, ist die Reaktion von Jüdinnen und Juden auf die Ereignisse, die am 7. Oktober 2023 begannen, da beide Studien ausschließlich nichtjüdische Perspektiven auf Antisemitismus berücksichtigen. Einblicke in diese geben das Feedback der Befragten sowie ethnographische Forschungen (Kranz 2024). Jüdische Kolleg*innen berichteten, dass sie auf Online-Lehre umgestiegen seien, andere hatten sogar Personenschutz und zogen sich – und ziehen sich weiterhin – in Räume zurück, die sie als sicher empfinden. Ein Rückzug in die jüdische Ingroup fand zudem statt. Ebenso wurde berichtet, dass auf jüdische Symbole, insbesondere Kettenanhänger, verzichtet wurde, dass kein Hebräisch mehr auf dem Campus gesprochen wurde oder man davon absah, sich als Jüdin/Jude zu outen und Kolleginnen und Kollegen bat, diesen Wunsch nach jüdischer Anonymität zu berücksichtigen. All diese Verhaltensmaßnahmen geben Einblick in die Isolation und Entsolidarisierung, die jüdische Hochschullehrende erleben. Dass Schlafstörungen, Beklommenheit und Zukunftsangst erwähnt wurden, sollte auch nicht verwundern – noch weniger vor dem Hintergrund, dass ein signifikant hoher Anteil der Hochschullehrenden keine festen Stellen hat, sondern sich von Projekt zu Projekt hangelt. Was ein generelles Problem im deutschen Wissenschaftssektor ist, verschärft sich bei einer Gruppe, die Marginalisierung ausgesetzt ist.

Aus der kurz dargestellten Situation ergibt sich politischer und wissenschaftlicher Handlungsbedarf, den das NJH klar formuliert hat:

- Es bedarf Anlaufstellen, die Expertise im Bereich Antisemitismus haben sowie Beauftragte, die Jüdinnen und Juden selbst mitauswählen.
- Es bedarf entfristeter Professuren – und nicht nur einer – in der sozialwissenschaftlichen Antisemitismusforschung, die jüdische Perspektiven mitdenken.
- Es bedarf ebenso mehreren entfristeter Professuren in der jüdischen Gegenwartsforschung, denn Antisemitismusforschung ist Schadensbegrenzung. Um diesem wirksam entgegenzutreten zu können, muss man etwas über Jüdinnen und Juden selbst wissen, und zwar in der Gegenwart, und nicht beschränkt auf die Prä-Schoa-Ära.

Solange man uns als Jüdinnen und Juden und als jüdische Hochschullehrende in den Universitäten und Hochschulen nicht als integralen und normalen Bestandteil des „Biotops Universität und Hochschule“ mitdenkt, so lange wird uns im besten Fall exotisierender Philosemitismus und im schlimmsten Fall gewalttätiger Antisemitismus begegnen. Die Reaktionen seit dem 7. Oktober 2023 belegen, dass im akademischen Umfeld bestimmte Formen von Antisemitismus ausgeprägter sind als andere. Gerade deswegen ist es notwendig, auf die Bedarfe von Jüdinnen und Juden einzugehen und zukunftsorientiert zu handeln. Sonntagsreden und Erinnerungskultur können dies nicht leisten: Während die Rechte einen Schlussstrich ziehen möchte, fordert die Linke „From the River to the Sea“, was, wie der Psychoanalytiker Kurt Grünberg (2023) darstellte, der Vernichtung des Jüdischen, gefiltert durch die Metapher Israel, gleichkommt.

Prof. Dr. Dani Kranz

Netzwerk jüdischer Hochschullehrender (NJH)

Quellen:

Bensoussan, George (2012):

Juifs en pays arabes. Le grand déracinement 1850–1975. Paris. Tallandier.

Beyer, Heiko et. al (2024):

Abschlussbericht zur Studie „Antisemitismus in der Gesamtgesellschaft von Nordrhein-Westfalen im Jahr 2024. <https://www.land.nrw/media/33477> (Zuletzt geprüft am 26.11.2024)

Coffey, Judith; Laumann, Vivian (2021):

Gojnormativität. Warum wir anders über Antisemitismus sprechen müssen. Berlin. Verbrecher Verlag.

Gruenberg, Kurt zitiert nach Fisser, Dirk (2023):

Juden wieder in Angst: So wirkt das Shoa-Trauma bis in die dritte Generation. NOZ, 17. November 2023. <https://www.noz.de/deutschland-welt/nahost-krieg/artikel/extrem-trauma-shoah-die-angst-vor-juden-verfolgung-ist-zurueck-45926295>

Helbing, Marc; Traunmueller, Richard (2024):

Pro-Palästina-Proteste, Antizionismus und Antisemitismus in Deutschland. https://www.uni-mannheim.de/media/Einrichtungen/gjp/Bilder/Dokumente/GIP_Wie_tickt_Deutschland_2_Antisemitismus.pdf/fljpbok (Zuletzt geprüft am 26.11.2024)

Kranz, Dani (2024):

Antisemitismus und Israelkritik: Schuld, Unschuld, Post-Schuld. Heinrich Böll Stiftung. <https://www.boell.de/de/2024/06/18/antisemitismus-und-israelkritik-schuld-unschuld-post-schuld> (Zuletzt geprüft am 26.11.2024)

Nirenberg, David (2013):

Anti-Judaism: The Western Tradition. New York. W. W. Norton & Company.

**Daniel,
Frankfurt**

Den 7. Oktober nutzen viele extremistische Organisationen als Startschuss, um Hass, Hetze und offene Sympathien für die Hamas und den Islamismus in den sozialen Netzwerken sowie auf Universitätsgeländen salonfähig zu machen. Deutlich wurde, dass die Protestierenden all jene ausschließen wollen, deren Bedürfnisse nicht mit ihren antisemitischen Einstellungen konform gehen.

**Rebecca,
Hamburg**

Die Situation an der Uni fühlt sich sehr bedrückend an. Es gibt eine laute Minderheit, die den Campus dominiert und eine laute schweigende Mehrheit. Es gibt keine Regulierungen für Veranstaltungen, die von Studierenden angeboten werden und so gelangen antisemitische Speaker und Initiativen ganz einfach auf den Campus. Es gibt keine Anlaufstelle, die nach der IHRA Definition antisemitische Vorfälle behandelt. Veranstaltungen zum Thema Antisemitismus, die von der Universität angeboten werden, müssen aufgrund von Störern unter Polizeischutz stattfinden.

**Naomi,
Düsseldorf**

Ich habe wirklich Kommilitonen*innen, die immer noch nicht mit mir reden. Die meisten gehen mir aus dem Weg, es gibt mehrere Leute, die mir entfolgt sind oder immer wieder nach doppelten Standards messen. Und das Problem ist, dass diese Person eigentlich gar keine Ahnung hat und trotzdem solche Beiträge postet. Aber ich kann das schlecht kritisieren, weil wir Sozialwissenschaften studieren und die Leuten dann sagen: „Ich habe was gelesen, ich bin doch informiert.“ Ich hatte auch schon mehrmals Momente, in denen ich in Kurse reingehen musste und mir dachte: „In diesen Kurs möchte ich jetzt nicht reingehen“, weil ich wusste, da sind mehrere Leute, die nicht mit mir reden. Außerdem gab es Graffitis an der Uni, es haben sich Leute sehr beschwert, sodass diese entfernt wurden. Die Lage ist schon ein bisschen schwierig, es ist definitiv einiges passiert an der Uni, von dem noch nicht alles rausgekommen ist. Der 7. Oktober kam und gleichzeitig fing die Uni an. Es ging alles so schnell und es gab keine Zeit, um alles zu verarbeiten. Es überkam uns alle wie ein Tsunami, das Wasser ging zurück und dann fiel alles über uns. Überall, auch in der Diaspora.

Antisemitismus als neuer 4 Status Quo:



Campusalltag aus jüdischer Perspektive

Ich habe sehr schnell gemerkt, dass die Leute an meiner neuen Uni ganz andere Lebensrealitäten haben. Viele bekommen gar nicht so viel mit, was in der Welt passiert.

**Sima,
Essen**

Ich habe viele jüdische Freunde und bin mit vielen Leuten in Israel in Kontakt, weil ich dort gelebt habe. Es gab viele, die sich nicht melden konnten, weil sie in Bunkern saßen oder in die Armee eingezogen worden sind. Es war schlimm, manchmal wusste man gar nicht, wo sie sind. Und als ich mal an der Universität etwas über mein Auslandssemester in Israel erzählt habe, kam zunächst keine Reaktion. Ich sagte dann „Ja, da ist jetzt Krieg“ und als Antwort kam „Oh, was, wirklich?“. Für mich war das so super unverständlich. Ich bin in NRW sehr aktiv und gut vernetzt. Von einem Tag auf den anderen haben sich sehr viele Leute engagiert und haben bei Kundgebungen geholfen. In den ganzen Unigruppen ging es um den Kampf gegen Antisemitismus und Israel-Feindlichkeit, Rektoren, denen man sich entgegenstellen musste. Es gab einige Studierende, die sich nicht an die Uni getraut haben, also haben wir Räume geschaffen und überlegt, wie man mit der aktuellen Situation umgeht. Alle unsere Veranstaltungen mussten wir absagen und Sicherheitskonzepte überlegen, wie wir sie überhaupt umsetzen können.

Ein Student wird nach drei Fehlversuchen exmatrikuliert - aus der Universität geworfen. Wie viele Fehlversuche hatten bereits unsere Universitäten im Umgang mit Antisemitismus?

**Alon,
Stuttgart**

Ich lebe noch auf einer Insel der Glückseligkeit, doch habe ständig Angst, dass mein Glück bald verschwinden könnte und ich dann dieselben Bilder wie in Berlin erleben müsste.

**Alexander,
Chemnitz**

Mein Kopf ist dort noch in der Vergangenheit. Mein Körper ist hier und dann ist das so, dass ich zum Beispiel aufwache und einfach nicht verstehe, wo ich gerade wirklich bin. Ich habe einen Monat lang komplett Pause gemacht. Ich bin nicht in die Uni gegangen. Ich habe mehr meine Rolle darin gesehen, für die jüdische Community da zu sein. Und ich war wirklich so oft beim Verband Jüdischer Studierender Baden aktiv, wirklich jeden Tag war ich mit Aktivismus beschäftigt. Viele jüdische Menschen haben Angst, vor allem vor lauten Geräuschen. Und wenn ich an der Uni war, hab ich wirklich immer um mich geschaut, beispielsweise, wenn irgendwo ein Gegenstand laut umgefallen ist. Diese Geräusche haben mich immer super bedrückt. Wenn ich in der Uni war, hieß es für mich: Okay, ich muss einfach hin für den Check, etwas erledigen und diese Klausurenphase hinter mich bringen. Weniger für das Gefühl, Spaß daran zu haben, in die Uni zu gehen.

**Aviva,
München**

Was sich ändern

muss:

5

Ausblick und politische Forderungen

Im Juli 2024 veröffentlicht die European Union Agency for Fundamental Rights die Ergebnisse ihrer letzten Umfrage zu Antisemitismus. 80% der befragten Jüdinnen und Juden geben dabei an, wahrzunehmen, dass Antisemitismus in ihrem Land im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen ist. 60% der Befragten machen sich Sorgen um die Sicherheit ihrer Familien. Als wären diese Zahlen nicht bereits erschreckend genug, ist das eigentlich Besorgniserregende, dass die Studie vor dem 7. Oktober 2023 durchgeführt wurde. Diese Tatsache macht deutlich, dass Antisemitismus und Existenzängste schon immer Teil der jüdischen Erfahrung in der Diaspora waren. Gleichzeitig erreicht der Tsunami des Antisemitismus, den Jüdinnen und Juden seit dem 7. Oktober erleben, noch nie dagewesene Ausmaße, wie auch aus den Zahlen von RIAS oder den verfünffachten Beratungsanfragen von Ofek hervorgeht.

Fest steht bereits jetzt, dass der 7. Oktober und seine Folgen die Lebensrealitäten und das Selbstverständnis junger Jüdinnen und Juden für Generationen prägen wird. Dabei geht es nicht nur um Zahlen, sondern um Existenzen. Junge Menschen, die ihre Karrierewege noch nicht vollends geplant haben, noch keine Festanstellung haben, noch keine Kinder, die hier aufwachsen, stellen sich ernsthaft die Frage, ob es eine Zukunft in Deutschland für sie gibt. Entscheidungen über den Umgang mit diesen Lebensrealitäten dürfen nicht auf politischem Kalkül basieren. Die Haltung, die von Universitätsleitungen und zuständigen Behörden seit einem Jahr eingefordert wird, bleibt an vielen Stellen mangelhaft und unaufrichtig. Antisemitismus im eigenen Tätigkeitsfeld zu leugnen oder ihn nur bei politischen Opponent:innen zu vermuten, hilft niemandem mehr weiter. Was Jüdinnen und Juden brauchen, sind konkrete Handlungen, die zu einer nachhaltigen Verbesserung der Situation führen. Deshalb fordern wir:

1 Präventionsmaßnahmen, die antisemitische Strukturen in der Universität in den Blick nehmen und identifizieren.

2 Verpflichtende interdisziplinäre Fortbildungen zu modernen Formen des Antisemitismus in der universitären Lehre.

3 Ansprechpersonen an Universitäten für jüdische Studierende, z.B. in Form von Antisemitismusbeauftragten.

4 Implementierung der IHRA-Definition in den Hochschulverfassungen.

5 Investitionen in Forschung zu Antisemitismus im universitären Bereich, z.B. in regelmäßige Erhebungen über antisemitische Einstellungen unter Studierenden.

6 Sicherstellung, dass Studierendenbeiträge nicht für antisemitische Organisationen und Zwecke verwendet werden.

7 Unterbindung antisemitischer Veranstaltungen, Gruppierungen, und Aktionen am Campus.

8 Untersuchungen auf Bundes- und Länderebene, wer die anti-israelischen Proteste an den Hochschulen finanziert, um sicherzustellen, dass kein ausländischer Staat diese unterstützt.

9 Eine konsequente Durchsetzung des Hausrechts auch mit Hilfe der Polizei, um Nicht-Universitätsangehörigen keinen Raum für ihre Protestaktionen zu geben.

10 Eine konsequente strafrechtliche Verfolgung antisemitischer Straftaten.

11 Exmatrikulation von Studierenden, die wegen einer antisemitischen Straftat bzw. eines Gewaltdelikts rechtskräftig verurteilt worden sind.

12 Eine Meldepflicht von antisemitischen Vorfällen und Straftaten auf dem Campus bei den Bildungsministerien der Länder, die im Bundesministerium zusammengeführt werden.

13 Sanktionen des Bundes und der Länder gegenüber Hochschulen, die jüdische Studierende nicht oder nur ungenügend schützen und gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) sowie andere Antidiskriminierungsgesetze und -richtlinien verstoßen haben, bis die Gesetze und Regeln eingehalten werden.

14 Einen Ausbau der Kooperationen zwischen deutschen und israelischen Universitäten und Hochschulen.

15 Ausbau von Professuren, die sich mit jüdischer Gegenwartsforschung und Israel beschäftigen.

16 Eine Beendigung der Kooperationen mit Hochschulen der Islamischen Republik Iran.

6

Hintergründe und Folgen

Seit dem 7. Oktober 2023 erleben wir einen deutlich erstarkten Antisemitismus. Für 2023 erfassten die RIAS-Meldestellen bundesweit 4.782 antisemitische Vorfälle. Mehr als die Hälfte davon ereignete sich nach dem 7. Oktober. Wie reihen sich Hochschulen und Bildungsinstitutionen im Allgemeinen in dieses Lagebild ein? Wie viele antisemitische Vorfälle hat RIAS an Hochschulen verzeichnet?

Universitäten und Hochschulen reihen sich in diese allgemeine Beobachtung mit ein. Auch dort mussten wir einen sprunghaften Anstieg antisemitischer Vorfälle nach dem 7. Oktober verzeichnen. Während des gesamten Jahres 2023 wurden über 150 Vorfälle an Hochschulen dokumentiert, rund drei Viertel davon ereigneten sich nach dem 7. Oktober. Im Vergleich dazu lag die Zahl solcher Vorfälle im Jahr 2022 bei etwa 20. Für das Jahr 2024 haben wir noch keine belastbaren Zahlen, wir sehen aber schon jetzt, dass dieser traurige Trend anhält. Wichtig ist dabei auch zu berücksichtigen, dass wir nur Vorfälle am Campus selbst erfassen. Das heißt, antisemitische Beleidigungen oder Bemerkungen, die z.B. jüdische Studierende in Chatgruppen von Kommilitonen mitbekommen, sind hier gar nicht erfasst.

Interview mit Daniel Poensgen, Bundesverband RIAS

Um welche Art antisemitischer Vorfälle handelt es sich hierbei konkret?

Die Vorfälle, die wir erfassen, sind zum größten Teil Schmierereien und Aufkleber auf den jeweiligen Universitätsgeländen. Ein besonders erschreckendes Beispiel stammt von der Technischen Universität Berlin, wo Unbekannte einen Schornstein und eine Wolke mit einer Israelfahne an eine Wand gezeichnet und dazu geschrieben haben „Sechs Millionen waren nicht genug“. Neben solchen Schmierereien mussten wir aber auch verbale und zum Teil auch physische Angriffe auf Studierende oder Mitarbeitende verzeichnen. Eine besondere Rolle spielten natürlich auch Proteste und Demonstrationen auf dem Campus, bei denen es zu antisemitischen Äußerungen kam.

Unterscheiden sich die antisemitischen Vorfälle an Hochschulen und Universitäten von denen außerhalb des universitären Kontextes?

Hochschulen stellen insofern einen besonderen Kontext dar, als dass jüdische Studierende auf sie angewiesen sind. Will man einen Studienabschluss erreichen, führt kein Weg an dem Besuch einer Universität oder Hochschule vorbei. Das macht die antisemitische Bedrohung für jüdische Studierende unausweichlich. Ein weiterer Punkt ist, dass Universitäten auch politische Orte sind. Dementsprechend manifestieren sich auch politische Konflikte dort stärker. Deshalb kommt es oft im Rahmen von Versammlungen, Vorträgen oder Protestcamps zu antisemitischen Vorfällen.

Wie genau schaut dieser politische Rahmen, von dem Sie gerade sprachen, aus? Wie lässt sich der Antisemitismus im Hochschulkontext politisch einordnen?

In Bezug auf die politischen Spektren beobachten wir vor allem zwei dominante Strömungen. Zum einen wäre da das links-antiimperialistische Spektrum, das den israelisch-palästinensischen Konflikt als einen Kolonialkonflikt interpretiert und dementsprechend die genozidale Gewalt der Hamas vom 7. Oktober als legitimen antikolonialen Widerstand versteht. Diese Gruppen greifen mitunter auch auf Slogans wie „Free Palestine from German Guilt“ zurück, was besonders in Deutschland auf fruchtbaren Boden fällt, wo der sogenannte Post-Schoa-Antisemitismus eine lange Tradition hat.

Zum anderen erfolgt ein Großteil der antisemitischen Vorfälle von Gruppen, die jenseits ihres israelfeindlichen Aktivismus kein übergeordnetes ideologisches Ziel verfolgen. Wir sehen auch im Bereich der Hochschulen Vorfälle mit islamischem oder islamistischem Hintergrund, aber deutlich weniger. Was alle diese Akteurinnen und Akteure eint, ist, dass sie eine starke Affinität zu Gewalt bzw. zur Legitimierung von Gewalt aufweisen. Beispielsweise wurden Dozierende und Mitarbeitende, die sich antisemitismuskritisch äußerten, mit dem roten Dreieck markiert, sprich dem Symbol, das auch die Hamas benutzt, um ihre Feinde zu markieren.

Sie haben bereits angedeutet, dass postkoloniale Theorien und Analysen von einigen der genannten Gruppen als Legitimation herangezogen werden. Auf welche Narrative wird sich dabei genau gestützt und wie zentral sind postkoloniale Theorien für die anti-israelische und antisemitische Protestwelle, die wir aktuell global erleben?

Einige Narrative und Framings bestimmter Strömungen der postkolonialen Theorie kommen den Gruppen, von denen wir gerade sprachen, durchaus entgegen. Zum Beispiel gibt es postkoloniale Theorien, in denen die Schoa als ein koloniales Verbrechen von vielen betrachtet wird, wodurch sowohl die antisemitische Spezifik als auch die Einzigartigkeit dieses Verbrechens außer Acht bleibt. Außerdem wird Antisemitismus in einigen dieser Theorien nicht als eigenständiges Phänomen analysiert, sondern als Form des Rassismus. Das kommt natürlich dem Bestreben vieler der genannten Akteurinnen und Akteure entgegen, sich gar nicht mit Antisemitismus auseinandersetzen zu wollen, vor allem nicht mit Antisemitismus in den eigenen Reihen.

Über Antisemitismus in islamisch und islamistischen Spektren soll nicht geredet werden, gleichzeitig werden in einigen postkolonialen Ansätzen Jüdinnen und Juden als „Weiße“ und damit als mächtige und rassistische Kolonialisten verstanden. Den protestierenden Gruppen geht es aber letztlich gar nicht darum, mögliche koloniale Verhältnisse der Staatsgründung Israels oder der heutigen israelischen Verfasstheit zu diskutieren, sondern lediglich darum, ihre eigene Weltsicht samt der dazugehörigen Vorurteile zu legitimieren. Viel erklärungsstärker als bestimmte Theorien ist für die anti-israelischen und antisemitischen Proteste, die wir aktuell gerade im universitären Kontext erleben, meiner Meinung nach eine projektive und manichäische Denkweise, die dem Antisemitismus – egal aus welcher Richtung er kommt – grundsätzlich zugrunde liegt. Diese Denkweise wird auch auf den israelisch-palästinensischen Konflikt angewandt, wobei Israel immer die Rolle des Bösen und die Palästinenser – bis hin zur Hamas – immer die Rolle des Guten einnehmen. In dieser Sichtweise ist kein Platz für Zwischentöne, für Diskussionen, für Dialog oder Kompromisse. Und für diese manichäische Sichtweise fungieren bestimmte postkoloniale Ansätze nun als Stichwortgeber.

[In welcher Beziehung stehen die anti-israelischen Proteste an Universitäten im amerikanischen Raum und in Deutschland? Kann hier von einer Vorbildfunktion gesprochen werden und gibt es spezifisch deutsche Merkmale?](#)

Die Proteste in den USA haben auf jeden Fall eine Vorbildfunktion für die Proteste in Deutschland. Viele Aktionsformen und Narrative, die wir hierzulande sehen, stammen ursprünglich aus den USA. Auch Slogans und Forderungen werden oft direkt übersetzt, auch wenn sie im deutschen Kontext keinen Sinn ergeben, weil sie sich auf Gegebenheiten in den USA beziehen. Es gibt aber auch spezifisch

deutsche Elemente, wie z.B. eine Verbindung mit dem Post-Schoa-Antisemitismus. Das sehen wir beispielsweise bei Parolen wie „Free Palestine from German Guilt“. Hier vermischen sich israelfeindliche Narrative mit einer Abwehr gegen die deutsche Erinnerungskultur. Das ist nichts neues, denn der Post-Schoa-Antisemitismus hat in Deutschland eine lange Tradition. Hier treffen sich potentiell rechtsextreme mit linken, anti-israelischen Narrativen. Es zeigt sich erneut, dass Antisemitismus eine Brückenideologie ist, die unterschiedliche politische Spektren miteinander verbindet.

[Der Großteil der Studierenden an deutschen Hochschulen hat auch Schulen hierzulande besucht. Die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen und die Aufklärung über Antisemitismus werden als zentrale Grundpfeiler der deutschen Bildungspolitik betrachtet. Welche Rückschlüsse über unser Bildungssystem lässt der Antisemitismus, den wir aktuell an den Hochschulen erleben, zu?](#)

Es ist wichtig festzuhalten, dass sich nur ein kleiner, wenn auch sehr lauter Teil der Studierenden an diesen Protesten beteiligt. Obwohl sich die meisten Studierenden also nicht selbst aktiv an antisemitischen Vorfällen beteiligen, stören sie sich offensichtlich nicht daran, wenn solche Vorfälle an ihrer Universität passieren. Vielmehr bleiben sie indifferent, solange es ihren Studienfortschritt nicht direkt beeinträchtigt. Diese fehlende Empathie gegenüber Jüdinnen und Juden wirft auf jeden Fall Fragen hinsichtlich der Qualität der Bildung in Bezug auf Antisemitismus auf. Zwar wird die Schoa in Schulen thematisiert, oft fehlt aber eine Sensibilisierung für aktuellen, insbesondere Israel-bezogenen Antisemitismus. Gleichzeitig beobachten wir jedoch gesamtgesellschaftlich, dass es nach dem

7. Oktober schnell zu einer Normalisierung von Antisemitismus kam. Damit meine ich, dass sich die nichtjüdische Mehrheitsgesellschaft schnell an die Präsenz von aktualisierten antisemitischen Stereotypen im öffentlichen Raum gewöhnt hat – für die Betroffenen von Antisemitismus ist die Bedrohung hingegen nach wie vor akut.

Welche Maßnahmen sollten Hochschulleitungen ergreifen, um jüdische Studierende und Angestellte besser zu schützen?

Der Antisemitismusforscher Cary Nelson hat vor kurzem gesagt, dass Universitäten Orte sein sollten, an denen man nur auf intellektuelle und in sonst keiner anderen Art und Weise verunsichert wird. Universitäten müssen sichere Orte für alle sein. Für Jüdinnen und Juden ist das im Moment nicht der Fall. Deshalb ist das Allerwichtigste, dass Hochschulen die Sicherheit ihrer jüdischen Studierenden und Mitarbeitenden gewährleisten. Den Betroffenen muss glaubhaft vermittelt werden: Euch kann hier nichts passieren. Dafür ist es zentral, dass sich Hochschulen als Institutionen klar gegen Antisemitismus positionieren und transparent machen, was sie darunter verstehen. Denn eine leere Formel bringt niemandem etwas. Wir von RIAS schlagen konkret vor, sich an der Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) zu orientieren. Denn diese macht am besten deutlich, was unter aktuellem Antisemitismus verstanden werden kann und was auf dem Campus dementsprechend keinen Platz haben sollte.

Darüber hinaus sollten die Hochschulen transparente Verfahren zur Meldung antisemitischer Vorfälle einführen, um ein genaues Bild der Lage zu bekommen. Schließlich sollten Hochschulen einem Dreiklang von Prävention, Intervention und Repression folgen. Es muss präventive Angebote geben, Studierende und Mitarbeitende zu sensibilisieren. Außerdem muss es klare Konzepte geben, wie bei einem antisemitischen Vorfall interveniert wird und ab wann gegebenenfalls auch repressive Maßnahmen geprüft werden sollten.

Wir sollten aber nicht nur an die Hochschulleitungen appellieren. Denn es ist mindestens genauso wichtig, dass sich die nicht-jüdischen Mitglieder der Universität mit Jüdinnen und Juden solidarisch zeigen. Zum Beispiel haben jüdische Dozierende aus Deutschland, Österreich und der Schweiz als Reaktion auf die antisemitischen Vorfälle nach dem 7. Oktober das Netzwerk Jüdischer Hochschullehrender gegründet. Diese Netzwerke sollten unterstützt und angehört werden.

